

Veröffentlichungen des  
Deutschen Historischen Instituts London

---

Publications of the  
German Historical Institute London

Veröffentlichungen  
des Deutschen Historischen  
Instituts London

Herausgegeben von Hagen Schulze

Band 58

---

Publications of the  
German Historical Institute  
London

Edited by Hagen Schulze

Volume 58

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Ursula Rombeck-Jaschinski

# Das Londoner Schuldenabkommen

Die Regelung der deutschen Auslandsschulden  
nach dem Zweiten Weltkrieg

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2005 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).  
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-57580-5

# INHALT

EINLEITUNG . . . . .	7
I. DIE SCHULDENFRAGE IM KRIEG UND IN DEN ERSTEN NACHKRIEGSJAHREN . . . . .	25
1. Überlegungen im Krieg . . . . .	25
2. Die ersten Nachkriegsjahre . . . . .	53
II. VORBEREITUNGEN ZUR LÖSUNG DER SCHULDENFRAGE . . . . .	81
1. Erste Orientierungen. . . . .	81
2. Die Auseinandersetzungen um die Schuldenerklärung . . . . .	112
3. Grundlegende Prinzipien . . . . .	144
III. AUF DEM WEG ZUR HAUPTKONFERENZ . . . . .	159
1. Die Einbeziehung der Deutschen und das deutsche Auslands- vermögen . . . . .	159
2. Die Londoner Vorkonferenz . . . . .	182
3. Die vorläufige Regelung der Nachkriegsschulden . . . . .	206
4. Die Vorbereitung der Hauptkonferenz . . . . .	223
IV. DIE HAUPTVERHANDLUNGEN . . . . .	249
1. Die erste Phase . . . . .	249
2. Die Ausarbeitung des deutschen Angebots und die Verhandlungen mit Israel . . . . .	269
3. Die Aufnahme des deutschen Angebots in London . . . . .	290
4. Die Rogers-Krise und der Erfolg der Verhandlungen . . . . .	307
5. Der Schlußbericht . . . . .	345
V. ABSCHLIESSENDE REGIERUNGSVERHANDLUNGEN . . . . .	363
1. Die Verhandlungen über die bilateralen Abkommen mit den Besatzungsmächten. . . . .	363
2. Das Regierungsabkommen unter besonderer Berücksichtigung der Reparationsfrage . . . . .	389
3. Die Ratifikation des Londoner Schuldenabkommens . . . . .	423

ZUSAMMENFASSUNG . . . . .	443
ABKÜRZUNGEN. . . . .	459
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS . . . . .	461
1. Ungedruckte Quellen . . . . .	461
2. Gedruckte Quellen . . . . .	462
3. Literatur . . . . .	462
ABSTRACT . . . . .	477
PERSONENREGISTER . . . . .	479

## EINLEITUNG

Das Londoner Schuldenabkommen von 1953 fristete mehr als drei Jahrzehnte ein Schattendasein. Im öffentlichen Bewußtsein spielte es praktisch keine Rolle. Dies änderte sich seit den frühen neunziger Jahren fundamental. Seit dieser Zeit ist das Londoner Schuldenabkommen auch breiteren Bevölkerungskreisen zum Begriff geworden, und zwar in zweifacher Hinsicht: Es wird einerseits als Modell gerühmt, um die Schuldenkrise der Dritten Welt zu lösen. Nord-Süd-Initiativen wie *Germanwatch* oder die beiden großen christlichen Kirchen fordern seit Jahren, die Bundesrepublik Deutschland und die privaten deutschen Banken sollten, dem Beispiel der Londoner Schuldenkonferenz folgend, den Entwicklungsländern einen erheblichen Teil ihrer Schulden erlassen, damit diese Länder die frei werden finanziellen Mittel in Projekte investieren können, welche die Ursachen ihrer wirtschaftlichen Instabilität und das soziale Elend der Menschen wirksam zu bekämpfen vermögen. Die Befürworter eines Schuldenerlasses für die Dritte Welt verweisen darauf, daß die Bundesrepublik bei der Erfüllung des Schuldenabkommens zu keinem Zeitpunkt mehr als 5% ihres Exporterlöses für den Schuldendienst aufwenden mußte, während die Entwicklungsländer 20%–30% ihrer Exporterlöse für die Bedienung ausländischer Kredite verwenden müssen, die ihnen zum Teil überaus leichtfertig und nicht immer zu lobenswerten Zwecken gewährt worden waren.<sup>1</sup> Das Beispiel Londoner Schuldenabkommen zeige aber, „daß Entschuldung möglich ist, wenn ein ernsthafter politischer Wille besteht.“<sup>2</sup>

Ob man dem Londoner Schuldenabkommen für die Bewältigung aktueller Schuldenkrisen eine gewisse Vorbildfunktion konzедieren möchte, hängt von den Umständen des Einzelfalls ab. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Erfolg des Schuldenabkommens von 1953 an konkrete Bedingungen gebunden war und nur aus der historischen Situation heraus verstanden werden kann. Insofern bietet sich eine detaillierte Untersuchung der historischen Umstände an, die zur Entstehung des Londoner Schuldenabkommens geführt haben. Es wird zu untersuchen sein, inwiefern die Ver-

---

<sup>1</sup> Vgl. WALTER EBERLEI, Von Abs lernen. Schuldenerlaß: Vorbildliches Modell aus Deutschland, Frankfurt a.M., April 1993 (Separatdruck der Reihe: Entwicklung und Zusammenarbeit), HADB.

<sup>2</sup> Rat der Evangelischen Kirche und Deutsche Bischofskonferenz (Hrsg.), „Internationale Verschuldung – eine ethische Herausforderung“. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz 1998, [www.ekd.de-Texte/2064-verschuldung.1998](http://www.ekd.de-Texte/2064-verschuldung.1998).

zichtbereitschaft des Auslands zum einen auf einer positiven Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Bundesrepublik basierte und zum anderen aus bestimmten politischen Zielvorstellungen der Alliierten resultierte.

Peter F. Schaffner hat in seiner schon etwas älteren juristischen Dissertation am Beispiel der in London geregelten Schulden aus der Dawes- und Young-Anleihe die Frage zu beantworten versucht, ob das Londoner Schuldenabkommen überhaupt als Modell zur Bereinigung *gouvernementaler* Auslandsschulden tauglich ist. Schaffner gelangt in seiner Arbeit, die ausschließlich auf der Basis der Vertragstexte und von Sekundärliteratur erstellt worden ist, zu keiner eindeutigen Antwort.<sup>3</sup> Da die historischen Umstände und die Entstehungsgeschichte des Londoner Schuldenabkommens in seiner Dissertation nicht weiter berücksichtigt werden, fehlen zuverlässige Vergleichsparameter.

Andererseits hat das Londoner Schuldenabkommen in den vergangenen Jahren auch noch in völlig anderer Hinsicht Furore gemacht. Es wird vielfach als Instrument eingeschätzt, um die individuellen Wiedergutmachungsansprüche ausländischer Opfer des nationalsozialistischen Regimes abzublocken. Seit der Wiedervereinigung steht insbesondere die Frage der Entschädigung ausländischer Zwangsarbeiter wieder auf der politischen Tagesordnung. Dabei geht es speziell um den Artikel 5 Absatz 2 des Schuldenabkommens, der eine Zurückstellung sämtlicher aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen ausländischer Staaten und deren Staatsangehörigen gegen Deutschland bis zu einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage im Rahmen eines Friedensvertrags beinhaltet. Da ein Friedensvertrag auf sich warten ließ, entwickelte sich der Artikel 5 Absatz 2 zu einer dauerhaften Regelung. Einen eigentlichen Friedensvertrag gibt es bis heute nicht, und es wird ihn wohl auch nicht mehr geben. An seiner Stelle steht der im September 1990 in Moskau unterzeichnete Zwei-Plus-Vier-Vertrag. Mit dem Abschluß dieses Vertrages wird die eigentliche Reparationsfrage allgemein als erledigt angesehen, nicht aber die Erfüllung individueller Entschädigungsansprüche von Opfern des Nazi-Regimes. Viele Nazi-Opfer konnten ihre Ansprüche auf Wiedergutmachung in der Vergangenheit nicht realisieren, weil der Artikel 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens von deutschen Gerichten dahingehend ausgelegt wurde, daß auch die privatrechtlichen Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter gegen deutsche Fir-

---

<sup>3</sup> Vgl. PETER F. SCHAFFNER, Die Regelung der verbrieften Auslandsschulden des Deutschen Reichs innerhalb des Londoner Schuldenabkommens – ein taugliches Modell zur Bereinigung *gouvernementaler* Auslandsschulden, Jur. Diss. Würzburg 1987, S. 199.

men als Reparationsforderung qualifiziert und damit von einer Regelung ausgeschlossen wurden.<sup>4</sup> Die prohibitive Wirkung des Artikels 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens richtete sich in der Praxis vor allem gegen die Ansprüche von Ostblockstaaten und deren Bürgern, denn im Lauf der Jahre wurden mit einigen westlichen Staaten trotzdem individuelle Abkommen zur Regelung von Entschädigungsforderungen geschlossen. Mit der Instrumentalisierung des Londoner Schuldenabkommens zum Bollwerk gegen Wiedergutmachungsansprüche hat sich der Historiker Ulrich Herbert sehr kritisch auseinandergesetzt.<sup>5</sup> Daß der Artikel 5 Absatz 2 seit der Unterzeichnung des Schuldenabkommens im Jahr 1953 in den Dienst der Abwehr ausländischer Entschädigungsansprüche gestellt wurde, ist wegen der Milliardenhöhe der Forderungen aus wirtschaftlicher Perspektive heraus nachvollziehbar, moralisch aber fragwürdig.

In seiner Arbeit über die Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg vertritt der Historiker Jörg Fisch ebenfalls die Auffassung, daß mittels Artikel 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens moralisch gerechtfertigte Reparations- und Wiedergutmachungsansprüche zugunsten einer Regelung privater Schulden unter den Tisch gefallen sind. Sein Vorwurf richtet sich allerdings primär gegen die Vereinigten Staaten und Großbritannien, die der Bedienung privater Kapitalinteressen Vorrang vor den Interessen ziviler Kriegsoffer eingeräumt hätten.<sup>6</sup> Auf ihren Beschluß hin wurden die während des Krieges angefallenen Schulden von einer Regelung ausgenommen. Fisch hält dies für eine moralisch verwerfliche Politik, die zudem ohne jede Rücksicht auf die Interessen anderer vom Krieg heimgesuchter Länder und deren Bewohner durchgeführt worden sei. Bei einem genauen Blick auf die Entstehungsgeschichte der Schuldenregelung, die in ersten Ansätzen bis in die Kriegszeit zurückreicht, ist zu prüfen, ob der Vorwurf von Fisch in dieser Form berechtigt ist. Dazu sollen die unterschiedlichen Interessenlagen analysiert werden, die Großbritannien und die Vereinigten Staaten an der Regelung der deutschen Auslandsverschuldung hatten. Nicht übersehen

<sup>4</sup> Vgl. ERNST FÉAUX DE LA CROIX, Schadenersatzansprüche ausländischer Zwangsarbeiter im Lichte des Londoner Schuldenabkommens, in: *Neue Juristische Wochenschrift* 13 (1960), S. 2268 ff.; vgl. BERT WOLFGANG EICHHORN, Reparationen als völkerrechtliche Delikthaftung. Rechtliche und praktische Probleme unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands (1918–1990), Baden-Baden 1992, S. 140 ff.

<sup>5</sup> Vgl. ULRICH HERBERT, Nicht entschädigungsfähig? Die Wiedergutmachungsansprüche der Ausländer, in: LUDOLF HERBST und CONSTANTIN GOSCHLER (Hrsg.), *Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1989, S. 276 ff.

<sup>6</sup> Vgl. JÖRG FISCH, *Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg*, München 1982, S. 111 ff.; DERS., *Reparationen und Entschädigungen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6 (2000), S. 687 ff.

werden darf, daß nach dem Krieg neben den Schulden aus der Vorkriegszeit noch die Schulden aus der alliierten Nachkriegswirtschaftshilfe hinzukamen.

Ob der Artikel 5 des Londoner Schuldenabkommens auch heute noch Gültigkeit beanspruchen kann, ist in der juristischen Literatur umstritten. In einer jüngst erschienenen staatsrechtlichen Publikation von Hermann-Josef Brodesser, Bernd Josef Fehn u. a. wird diese Frage bejaht und die Praxis der Vergangenheit juristisch auch nicht weiter in Frage gestellt.<sup>7</sup>

Die Beantwortung juristischer Fragen ist nicht die Aufgabe der vorliegenden Arbeit. Sicher kann aber die Darlegung des Entstehungszusammenhangs von Artikel 5 Absatz 2 des Londoner Schuldenabkommens zur aktuellen Diskussion einen Beitrag leisten.

Das am 27. Februar 1953 unterzeichnete Londoner Schuldenabkommen stellte ein Novum in der Geschichte der internationalen Schuldenregelung dar. Mit ihm wurde die gigantische deutsche Auslandsverschuldung aus der Vor- und Nachkriegszeit geregelt. Von ersten Gesprächen im Juni 1951 zogen sich die komplizierten und teilweise sehr schwierigen Verhandlungen, an der Gläubigervertreter und Regierungsbeobachter aus über zwanzig Ländern teilnahmen, in mehreren Abschnitten bis Ende Februar 1953 hin. Dabei konnte die ursprüngliche Schuldensumme von geschätzten fast DM 30 Milliarden auf knapp DM 14 Milliarden reduziert werden. Im Zentrum der Verhandlungen standen die Vorkriegsschulden, die ganz überwiegend ein Erbe der Weimarer Republik und nicht der nationalsozialistischen Zeit waren, wie fälschlicherweise oft behauptet wurde. Den größten Anteil am Schuldenberg machten die Reichsschulden aus. Dabei handelte es sich im wesentlichen um die Schulden aus der Dawes-Anleihe von 1924, der Young-Anleihe und der Kreuger-Anleihe, beide von 1930. Die Dawes- und die Young-Anleihe standen in einem mittelbaren Zusammenhang zur Reparationsregelung nach dem Ersten Weltkrieg. Sie hatten als Anschubfinanzierung für Reparationszahlungen gedient. Da es sich bei ihnen um Verpflichtungen gegenüber privaten Anleihegläubigern aus verschiedenen Ländern handelte, fielen die beiden Reichsanleihen nicht unter den von der Lausanner Reparationskonferenz beschlossenen Reparationsstop.

Aus der Zeit nach der nationalsozialistischen Machtübernahme stammen dagegen die Schulden der Konversionskasse. Die 1933 gegründete Konversionskasse lenkte den gesamten Zahlungsverkehr des Reiches mit dem Ausland. Nach deutschem Recht war der deutsche Schuldner entlastet, wenn er

---

<sup>7</sup> Vgl. HERMANN-JOSEF BRODESSER, Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte, Regelungen, Zahlungen, München 2000, S. 183 ff.

seinen Schuldverpflichtungen durch eine RM-Zahlung an die Konversionskasse nachgekommen war, unabhängig davon, ob der ausländische Gläubiger tatsächlich Zahlungen erhalten hatte. Nach dem Beginn des Krieges wurde der Transfer mit Ausnahme an neutrale Staaten praktisch ganz eingestellt.

Neben den öffentlichen Schulden von Reich, Ländern und Kommunen wurden in London auch rein private Schulden geregelt. Neben den Anleihe-schulden der deutschen Industrie waren die sogenannten Stillhalteschulden die wichtigste Kategorie. Dabei handelte es sich um kurzfristige Schulden zwischen ausländischen und deutschen Banken oder Industrieunternehmen, die in Folge der deutschen Bankenkrise 1930/31 entstanden waren. In sämtlichen Schuldenkategorien mit Ausnahme der Stillhalteschulden waren die Amerikaner Hauptgläubiger. Bei den Stillhalteschulden hielten britische Banken den größten Anteil. Als letzte Kategorie kamen noch die kommerziellen und diverse sonstige private Schulden hinzu. Im Zuge der Londoner Schuldenkonferenz wurde also ein Konglomerat von Schulden unterschiedlichster Provenienz geregelt, was die besondere Schwierigkeit der Schuldenverhandlungen ausmachte.

Parallel zu den Vorkriegsschulden und mit ihnen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis verbunden wurden in London auch die Schulden aus der alliierten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt. Die wichtigsten Hilfsmaßnahmen waren die GARIOA-Hilfe (*Government Appropriations and Relief for Import in Occupied Areas*) und die Marshallplan-Hilfe. Die Besatzungsmächte hatten sich beim Abschluß der Verträge Priorität vor allen anderen Zahlungen, die ein künftiger deutscher Staat zu leisten haben würde, einräumen lassen. Großbritannien und vor allem die Vereinigten Staaten waren aber bereit, unter bestimmten Bedingungen einen großzügigen Nachlaß auf ihre Forderungen zu gewähren, ohne den eine Regelung der Vorkriegsschulden nicht möglich gewesen wäre.

Die Regelung der deutschen Auslandsschulden aus der Vor- und Nachkriegszeit – die während des Krieges entstandenen Schulden wurden ausgeklammert – war von Großbritannien und den Vereinigten Staaten auf den Weg gebracht worden. Dazu war auf Beschluß der Außenminister in London eine *International Study Group* ins Leben gerufen worden, die den organisatorischen Rahmen und die wesentlichsten Ziele für eine internationale Schuldenkonferenz in London abzustecken hatte. Als Bedingung für eine Revision des Besatzungsstatuts verlangten die Besatzungsmächte von der Bundesrepublik, eine Erklärung zur Übernahme der deutschen Auslandsschulden abzugeben. Als Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs übernahm die Bundesrepublik in dieser Erklärung die Haftung für die ge-

samten Vorkriegsschulden des ehemaligen Reichs, allerdings sollte die Bundesrepublik davon nur einen ihren Zahlungsmöglichkeiten angepaßten Anteil tatsächlich zurückzahlen müssen. Über die dafür zugrundegelegten Kriterien gab es Meinungsunterschiede zwischen der Bundesregierung und den Besatzungsmächten, die sich über ein halbes Jahr hinzogen. Die Schuldenerklärung wurde am 6. März 1951 von der Bundesregierung abgegeben.

Im Mai 1951 wurde die *Study Group* durch die *Tripartite Commission on German Debts* (TCGD) ersetzt. In dieser waren neben Vertretern Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auch Vertreter Frankreichs vertreten. Frankreich hatte zwar einen relativ hohen Anteil an den privaten Vorkriegsschulden, hatte aber nach dem Krieg keine Wirtschaftshilfe geleistet. Pro forma wurde Frankreich eine geringe Summe als Nachkriegswirtschaftshilfe zuerkannt. Wegen der politischen Bedeutung des Schuldenabkommens sollte auch Frankreich als Besatzungsmacht in der TCGD vertreten sein, unter deren Aufsicht und Leitung die gesamten Schuldenverhandlungen standen.

Die Leitung der deutschen Verhandlungsdelegation übernahm auf Wunsch von Bundeskanzler Adenauer der Bankier Hermann J. Abs, der die notwendigen Voraussetzungen mitbrachte, um die schwierige Aufgabe meistern zu können. Als Bankier verfügte Abs über reiche Erfahrung im Umgang mit Schulden, er hatte internationale Verhandlungserfahrung, beherrschte die Sprachen der wichtigsten Gläubigerländer und besaß diplomatisches Geschick. Darüber hinaus hatte Abs in den Augen von Adenauer den besonderen Vorzug, neben seinen anerkannten Fähigkeiten als Bankier auch ein gutes politisches Urteilsvermögen zu besitzen. Für die Londoner Schuldenverhandlung war ein Verhandlungschef, der sowohl den Finanz- als auch den Politikbereich abdecken konnte, von großem Vorteil, denn in London ging es um mehr als um reine Finanzverhandlungen. Zahlreiche politische Probleme spielten in die Verhandlungen hinein: der Umgang mit dem für Reparationszwecke beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögen, die schrittweise Wiederherstellung der deutschen Souveränität, die Einbindung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem und *last but not least* die parallel verlaufenden Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel. Die beiden zuletzt genannten Punkte waren insofern besonders bedeutsam, als sie mit großen finanziellen Belastungen für die Bundesrepublik verbunden waren, die in einem Konkurrenzverhältnis zu den für die Bedienung der Auslandsschulden aufzubringenden Mitteln standen. Die Vermögensfrage hatte vor allem innenpolitische Bedeutung. Trotz aller Widrigkeiten und Krisen konnten die Schuldenverhandlungen in London

nicht zuletzt dank des Verhandlungsgeschicks von Abs zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden.

Abs zählte den Abschluß des Londoner Schuldenabkommens zu den größten Leistungen seines öffentlichen Lebens. Er sah es zu Recht als gutes Zeichen an, daß die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg keine vergleichbare Aufregung in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung hervorgerufen hat wie die Reparationsregelung nach dem Ersten Weltkrieg. Erheblich beigetragen hat dazu die äußerst positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und der deutschen Zahlungsbilanz im besonderen, die eine unproblematische Umsetzung der in London ausgehandelten Vereinbarungen ermöglichte. Im Verlauf der Untersuchung wird deutlich werden, daß die weitgehend störungsfreie Durchführung des Schuldenabkommens vor und während den Verhandlungen zwar erhofft, von vielen aber nicht unbedingt erwartet wurde.

In den letzten Jahren seines langen Lebens hat Abs zunehmend beklagt, daß das Londoner Schuldenabkommen in der Zeitgeschichtsforschung recht stiefmütterlich behandelt worden ist.<sup>8</sup> Es ist in der Tat erstaunlich, daß noch immer keine wissenschaftlich fundierte Monographie über das Londoner Schuldenabkommen von 1953 erarbeitet worden ist. Hans-Peter Schwarz hat dies schon vor zwanzig Jahren bedauert und die Zeitgeschichtsforschung dazu aufgerufen, sich verstärkt mit dieser wichtigen Thematik auseinanderzusetzen, an der die für die Adenauer-Ära so typische Verzahnung von Außen- und Wirtschaftspolitik exemplarisch aufgezeigt werden kann.<sup>9</sup> Er tat dies in seiner Einführung zu einem Vortrag von Hermann J. Abs über das Londoner Schuldenabkommen, den dieser anlässlich einer Tagung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus am 18. April 1980 hielt. Der als Band 4 der „Rhöndorfer-Gespräche“ 1982 in Buchform erschienene, aus dem Gedächtnis gehaltene Vortrag von Abs samt anschließender Diskussion war jahrelang die wichtigste Publikation zum Londoner Schuldenabkommen. Vortrag und Buch tragen den Titel „Die Wiederherstellung des deutschen Kredits“, auf den sich Schwarz mit Abs in einem Vorgespräch geeinigt hatte.<sup>10</sup> Schwarz weist in seiner Einführung auf die bewußt gewählte Doppeldeutigkeit der Formulierung hin. Sie sollte darauf aufmerksam machen, daß es beim Londoner Schuldenabkommens nicht nur

---

<sup>8</sup> Interview mit Prof. Dr. Dieter Spethmann, 25. 1. 2002.

<sup>9</sup> Vgl. HANS-PETER SCHWARZ (Hrsg.), Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 4), Stuttgart 1982, S. 8 ff. (Einleitung).

<sup>10</sup> Ebd., S. 12 ff.

um die Wiederherstellung des deutschen Auslandskredits im finanztechnischen Sinn, sondern auch um die Wiedergewinnung der deutschen Glaub- und Vertrauenswürdigkeit, also um die Wiedergewinnung des politisch-moralischen Kredits, ging. Schwarz weist in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die Bedeutung des Vertrags mit Israel hin, der etwa zur gleichen Zeit wie das Schuldenabkommen in Den Haag ausgehandelt wurde und mit diesem interdependent verflochten ist.<sup>11</sup>

Die maßgebliche bisher zum Londoner Schuldenabkommen erschienene Publikation stammt wiederum von Hermann J. Abs und trägt den programmatischen Titel „Entscheidungen“. Fast genau zehn Jahre nach seinem Rhöndorfer Vortrag hat sich Abs hier noch einmal dem Thema Londoner Schuldenabkommen zugewandt. Im Vorwort erklärt Abs es zum wesentlichen Ziel seiner Publikation, der zeitgeschichtlichen Forschung den Einstieg in das Thema zu erleichtern. Er fügt an: „Es wäre wünschenswert, wenn sie sich des Themas weiter annähme.“<sup>12</sup> In einer Rezension zu diesem Buch weist der Wirtschaftshistoriker Friedrich-Wilhelm Henning ausdrücklich darauf hin, daß das Londoner Schuldenabkommen noch immer ein Desiderat der zeitgeschichtlichen und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung darstellt.<sup>13</sup> Die vorliegende Arbeit will einen Beitrag leisten, um diese nach wie vor bestehende Forschungslücke zu füllen.

Im Gegensatz zum Rhöndorfer Vortrag von Abs ist das Ende 1991 erschienene Buch „Entscheidungen“ keine reine Gedächtnisleistung. Es wurde im Auftrag von Abs und unter dessen intensiver Anteilnahme von Bernd Kulla, einem Mitarbeiter des Deutsche Bank Archivs, auf einer soliden Quellenbasis verfaßt und bietet zweifellos einen guten Einstieg in das komplexe Thema. Das Buch schildert die Entstehungsgeschichte des Londoner Schuldenabkommens in einem zeitlichen Rahmen von 1949 bis 1953 mit Ausblick auf die Jahre der praktischen Umsetzung des Abkommens. Teilweise hat das Buch etwas Zwitterhaftes an sich. Obwohl es in der Ich-Form geschrieben ist und im wesentlichen die Sichtweise von Abs darlegt, handelt es sich nicht um Memoiren. Eine wissenschaftliche Monographie im klassischen Sinne ist es aber auch nicht. Der Titel „Entscheidungen“ weist den Leser auf das Selbstverständnis von Abs beim Aushandeln des Londoner Abkommens hin. Abs war Verhandlungsführer im wörtlichen

---

<sup>11</sup> Ebd., S. 10.

<sup>12</sup> Ebd., S. XI.

<sup>13</sup> FRIEDRICH-WILHELM HENNING, Rezension von: HERMANN J. ABS, Entscheidungen 1949–1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens, Mainz 1991, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 79 (1992), S. 596.

Sinn. Daß dies innerhalb der Deutschen Delegation nicht immer goutiert wurde und es zu gelegentlichen Spannungen über die Verhandlungsführung kam, wird in der vorliegenden Arbeit gezeigt werden.

Leider war Abs nur sehr selten bereit, die nüchterne und sachliche Schilderung der langwierigen und komplizierten Verhandlungen durch Hintergrundinformationen, die in den Akten keinen Niederschlag gefunden haben, anzureichern. Plastischere Schilderungen zu den Protagonisten des Schuldenabkommens finden sich eher in den Memoiren von Sir George Rendel, dem Leiter der britischen Verhandlungsdelegation.<sup>14</sup> Einen Eindruck von der Atmosphäre der Londoner Verhandlungen vermitteln auch die Erinnerungen von Georg Vogel, der als Vertreter des Marshallplanministeriums an den Verhandlungen teilnahm. Zwischen Abs und Vogel kam es gelegentlich zu Meinungsverschiedenheiten über die Verhandlungsstrategie.<sup>15</sup> Naturgemäß fehlen in der Publikation weitgehend die zeitgenössischen kritischen Äußerungen über die Person und das Wirken von Abs vor allem von amerikanischer Seite.

Außer den beiden bereits erwähnten Publikationen gibt es noch einige kleinere Arbeiten von Abs zum Londoner Schuldenabkommen. Nicht selten handelt es sich dabei um die gedruckte Fassung von Vorträgen von Hermann J. Abs. Sie umspannen einen Zeitraum von 1952, also noch vor der Unterzeichnung des Abkommens, bis zum Beginn der 90er Jahre.<sup>16</sup> Auf einen Vortrag, den Abs kurz nach Gründung der Bundesrepublik im September 1949 vor dem Hamburger *Übersee-Club* gehalten und in dem er auf die dringende Notwendigkeit einer schnellen Regelung der deutschen Auslandsverschuldung hingewiesen hat, soll hier als Quelle gesondert hingewiesen werden.<sup>17</sup> Die Vortrags- und Publikationstätigkeit von Abs hat die

<sup>14</sup> GEORGE RENDEL, *The Sword and the Olive. Recollections of Diplomacy and the Foreign Service, 1913–1954*, London 1957, S. 325 ff.

<sup>15</sup> GEORG VOGEL, *Diplomat unter Hitler und Adenauer*, Düsseldorf 1969, S. 179 ff.

<sup>16</sup> Im folgenden sollen nur die wichtigsten Titel aufgeführt werden (In der Tagespresse veröffentlichte Artikel bleiben unberücksichtigt): HERMANN J. ABS, Auslandsschulden, in: DERS., *Zeitfragen der Geld- und Wirtschaftspolitik. Aus Vorträgen und Aufsätzen* (Schriftenreihe zur Geld- und Finanzpolitik, Bd. 3), Frankfurt a. M. 1959, S. 11 ff.; DERS., Konrad Adenauer und die Wirtschaftspolitik der fünfziger Jahre, in: DIETER BLUMENWITZ (Hrsg.), *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Stuttgart 1976, S. 229–245; DERS., Deutschlands wirtschaftlicher und finanzieller Aufbau, in: KARL CARSTENS und ALFONS GOPPEL (Hrsg.), *Franz Josef Strauß. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke*, München 1985, S. 351–370; DERS., Der Weg zum Londoner Schuldenabkommen, in: WOLFGANG J. MÜCKL (Hrsg.), *Föderalismus und Finanzpolitik. Gedenkschrift für Fritz Schäffer*, Paderborn 1990, S. 81–95.

<sup>17</sup> HERMANN J. ABS, Probleme der deutschen Auslandsverschuldung und der Auslandskredite. Vortrag vor dem „Übersee-Club“, Gesellschaft für Weltwirtschaft e.V., Hamburg am

Rezeption des Londoner Schuldenabkommens stark beeinflusst. Abs war Protagonist und Interpret des Londoner Schuldenabkommens in einer Person.

Sieht man einmal von den Arbeiten ab, die Abs selbst geschrieben oder in Auftrag gegeben hat, gibt es nur eine einzige geschichtswissenschaftliche Einzelschrift zum Londoner Schuldenabkommen. Der Wirtschaftshistoriker Christoph Buchheim hat 1986 einen kurzen, instruktiven Aufsatz zur Entstehungsgeschichte des Londoner Abkommens veröffentlicht.<sup>18</sup> Buchheim führt darin das mangelnde Interesse der historischen Forschung an diesem Thema, das er vor allem wegen seiner Vorgeschichte für historisch bedeutsam hält, auf dessen „technischen Charakter“ zurück. In der Tat ist die Materie spröde. Abgesehen von Abs waren es fast ausschließlich Juristen, die sich mit dem Schuldenabkommen beschäftigt haben.<sup>19</sup> Besonders zu erwähnen ist der Name Paul Krebs.<sup>20</sup> Krebs war ein enger Mitarbeiter von Abs, der während der Schuldenverhandlungen als persönlicher Referent fungiert hat. In den zum Schuldenabkommen zugänglichen Quellen taucht sein Name jedoch so gut wie gar nicht auf.

In Gesamtdarstellungen zur Geschichte und Außenpolitik der frühen Bundesrepublik wird das Schuldenabkommen sehr unterschiedlich behandelt. In den schon etwas älteren Arbeiten von Andreas Hillgruber und Paul Noack wird das Schuldenabkommen ebensowenig erwähnt wie in den vergleichsweise neuen Arbeiten von Christian Hacke und Wolfgang F. Hanrieder.<sup>21</sup> Kurt Düwell und Klaus Hildebrand nennen das Londoner Schulden-

---

16. 9. 1949, in: HANS-PETER SCHWARZ (Hrsg.), *Die Wiederherstellung des deutschen Kredits. Das Londoner Schuldenabkommen*, Stuttgart 1982, S. 80–96.

<sup>18</sup> Vgl. CHRISTOPH BUCHHEIM, *Das Londoner Schuldenabkommen*, in: LUDOLF HERBST (Hrsg.), *Westdeutschland 1945–1955: Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986, S. 229–239.

<sup>19</sup> GEORG ERLER, *Die Rechtsprobleme der deutschen Auslandsverschuldung und ihre Behandlung auf der Londoner Schuldenkonferenz*, in: *Europa-Archiv* 18 (1952), S. 2–16; ERNST FÉAUX DE LA CROIX, *Betrachtungen zum Londoner Schuldenabkommen*, in: *Völkerrechtliche und staatsrechtliche Abhandlungen. Festschrift für Carl Bilfinger zum 75. Geburtstag am 21. Januar 1954*, Köln 1954, S. 27–70; HANS GURSKI, *Das Abkommen über deutsche Auslandsschulden. Kommentar*, Köln 1955. Hinzu kommen diverse Artikel zu speziellen Themen, z.B. WERNER VEITH, *Der Begriff der Auslandsschuld nach dem Abkommen über deutsche Auslandsschulden*, in: *Der Betriebs-Berater* 8 (1953), S. 814–816.

<sup>20</sup> PAUL KREBS, *Die Stillhaltung erfüllte ihren Zweck*, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* 7 (1954), S. 806–808; DERS., *Schuldenabkommen*, in: HEINRICH NICKLISCH, *Handwörterbuch der Betriebswirtschaft*, Bd. 3, Stuttgart 1960, Sp. 4816–4829.

<sup>21</sup> Vgl. ANDREAS HILLGRUBER, *Deutsche Geschichte von 1945–1972*, Darmstadt 1974; PAUL NOACK, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1972 (gilt auch für die Neubearbeitung von 1982); vgl. CHRISTIAN HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988; WOLFGANG F. HANRIEDER,

abkommen in ihren Werken im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsvertrag mit Israel.<sup>22</sup>

Im Gegensatz zum Schuldenabkommen wird die Wiedergutmachung seit langem intensiv erforscht. Da die Verhandlungen über die deutschen Auslandsschulden in einem direkten Konkurrenzverhältnis zu den Wiedergutmachungsverhandlungen standen, findet das Schuldenabkommen in der umfangreichen Literatur über das Abkommen mit Israel einen vergleichsweise großen Niederschlag. In älteren Arbeiten, die teilweise von direkt Beteiligten stammen, steht nicht selten die Person von Hermann J. Abs im Vordergrund, der als Gegner des Wiedergutmachungsabkommens überwiegend kritisch bewertet wird.<sup>23</sup> Das gilt auch für die Erinnerungen von Franz Böhm, der als Leiter der deutschen Verhandlungsdelegation in Den Haag ein entschiedener Gegner von Abs gewesen war.<sup>24</sup> In neueren Forschungen wird das Spannungsverhältnis zwischen London und Den Haag sowie die Rolle der Alliierten wesentlich differenzierter gesehen.<sup>25</sup>

In seiner Adenauer-Biographie bricht Henning Köhler dagegen eine Lanze für Abs, der nicht in Bausch und Bogen als Feind Israels verurteilt werden dürfe, sondern schlichtweg den Zwängen der Londoner Verhandlungsstrategie unterlegen habe. Köhler widmet dem Vertrag mit Israel in seinem Buch ein eigenes Kapitel, in dem als Gegenpol auch die Schulden-

---

Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, Paderborn 1991.

<sup>22</sup> Vgl. KURT DÜWELL, Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik 1945–1961, Köln 1981, S. 242 f.; vgl. KLAUS HILDEBRAND, Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1982, Bonn 1991, S. 41 f.

<sup>23</sup> Als Beispiele für viele: KURT R. GROSSMANN, Die Ehre schuld. Kurzgeschichte der Wiedergutmachung, Frankfurt a.M. 1967, S. 33 ff.; LOUIS E. PEASE, After the Holocaust: West Germany and Material Reparation, Ph. D. Thesis, The Florida State University 1976, S. 426 ff.; INGE DEUTSCHKRON, Bonn and Jerusalem. The Strange Coalition, Philadelphia 1970, S. 50 ff.; FELIX E. SHINNAR, Bericht eines Beauftragten. Die deutsch-israelischen Beziehungen 1951–1966, Tübingen 1967, S. 39 ff. Vgl. dagegen das relativ milde Urteil von NAHUM GOLDMANN, Staatsmann ohne Staat. Autobiographie, Köln 1970, S. 317 ff.

<sup>24</sup> Vgl. FRANZ BÖHM, Das deutsch-israelische Abkommen 1952, in: DIETER BLUMENWITZ (Hrsg.), Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers, Stuttgart 1976, S. 444 ff. Im selben Band findet sich auch ein Beitrag von Abs.

<sup>25</sup> Vgl. ROLF THEIS, Wiedergutmachung zwischen Moral und Interesse. Eine kritische Bestandsaufnahme der deutsch-israelischen Regierungsverhandlungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 161 ff.; YESHAYAHU A. JELINEK, Die Krise der Shilumin/Wiedergutmachungsverhandlungen im Sommer 1952, in: VfZ (1990), S. 113–125, S. 116 ff.; DERS., Israel und die Anfänge der Shilumin, in: LUDOLF HERBST und CONSTANTIN GOSCHLER (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 131 ff.; NIELS HANSEN, Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion, Düsseldorf 2002, S. 67 ff.

verhandlungen erwähnt werden. Im Vordergrund steht bei Köhler die Person von Abs als Widerpart von Adenauer.<sup>26</sup>

In der Geschichte der Bundesrepublik von Hans-Peter Schwarz ist dagegen weniger von Abs persönlich, sondern mehr vom Schuldenabkommen selbst die Rede. Schwarz wählte für sein Kapitel über das Londoner Schuldenabkommen und den Vertrag mit Israel den Titel des Rhöndorfer Vortrags von Abs in seiner doppelten Bedeutung.<sup>27</sup>

Gregor Schöllgen erwähnt das Schuldenabkommen in seiner Darstellung der deutschen Außenpolitik nur sehr kurz. Im Gegensatz zu allen bisher angeführten Arbeiten stellt er das Abkommen nicht in einen Zusammenhang mit dem Israel-Vertrag, der an anderer Stelle vorgestellt wird, sondern erwähnt allgemein dessen Bedeutung für die schrittweise Wiedergewinnung der deutschen Souveränität und für den deutschen Verteidigungsbeitrag.<sup>28</sup>

Man kann sich dem komplexen und heterogenen Thema Londoner Schuldenabkommen auf unterschiedliche Weise nähern. Die vorliegende Arbeit verfolgt einen politikgeschichtlichen Ansatz, und es ist ihr übergeordnetes Ziel, die Bedeutung der Auslandsschuldenregelung für die politische Geschichte der frühen Bundesrepublik herauszuarbeiten. Sie legt deshalb einen größeren zeitlichen Rahmen zugrunde als Hermann J. Abs in seinem Buch „Entscheidungen“. Im Gegensatz zu Abs, dessen Buch vorwiegend die deutsche Perspektive darstellt, wählt die vorliegende Arbeit einen multiperspektivischen Ansatz. Die Interessen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten am Zustandekommen einer Regelung der deutschen Auslandsverschuldung sollen ebenso dargelegt werden wie die der Bundesrepublik.

Wie Christoph Buchheim in seinem Aufsatz zu Recht festgestellt hat, ist die Vorgeschichte des Schuldenabkommens für die politische Geschichte besonders relevant. Sie soll deshalb in der vorliegenden Arbeit stärker berücksichtigt werden. In ersten Ansätzen reicht die Vorgeschichte des Schuldenabkommens bis in die frühe Kriegszeit zurück. Besonders die Briten haben sich schon sehr frühzeitig mit dem Problem der Auslandsschulden beschäftigt, wobei es ihnen primär um eine rechtliche Sicherung der privaten Schuldansprüche über das Kriegsende hinaus ging. Allein dies sollte sich

---

<sup>26</sup> Vgl. HENNING KÖHLER, Adenauer. Eine politische Biographie, Frankfurt a.M. 1994, S. 698 ff.

<sup>27</sup> Vgl. HANS-PETER SCHWARZ, Geschichte der Bundesrepublik 1949–1957: Die Ära Adenauer (Geschichte der Bundesrepublik, hrsg. von DIETRICH BRACHER und THEODOR ESCHENBURG, Bd. 2), Stuttgart 1981, S. 181 ff.

<sup>28</sup> Vgl. GREGOR SCHÖLLGEN, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 27.

zeitweilig als sehr schwierig erweisen, weil die privaten Vorkriegsschulden in einem Konkurrenzverhältnis zu den Reparations- und sonstigen Entschädigungsansprüchen standen. Im Zuge der Veränderung der weltpolitischen Lage nahm das Interesse an einer Regelung der deutschen Auslandsschulden sukzessive wieder zu. Das Interesse an der Erfüllung von Entschädigungs- und Wiedergutmachungsansprüchen ging proportional zurück.

Es ist zu prüfen, in welchem Umfang die globalstrategischen Zielvorstellungen der westlichen Führungsmacht USA auf der einen und die geschwächte Machtposition und desolote finanzielle Lage Großbritanniens auf der anderen Seite die Vorbereitung und Durchführung der Londoner Schuldenkonferenz beeinflussten. Die USA sahen in der Bundesrepublik zunehmend einen wichtigen Stabilisierungsfaktor für ganz Westeuropa, sowohl in wirtschaftlicher als auch in verteidigungspolitischer Hinsicht. Ihre Schuldenpolitik gegenüber der Bundesrepublik muß daher in diesem Kontext gesehen werden, während für Großbritannien die aus der eigenen Schwäche resultierende Abhängigkeit von den USA als Faktor in die Untersuchungen einzubeziehen ist.

In der vorliegenden Arbeit soll auch untersucht werden, welchen innenpolitischen Einflüssen und Rücksichtnahmen die Regierungen von Großbritannien und den Vereinigten Staaten in ihrer Schuldenpolitik ausgesetzt waren. Der Umgang mit den Schulden aus der alliierten Nachkriegswirtschaftshilfe ist für Großbritannien in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung.

Auf die relativ untergeordnete Rolle Frankreichs wird in dieser Arbeit nur insoweit eingegangen, als sie für das Verhältnis der Besatzungsmächte untereinander oder für das deutsch-französische Verhältnis von Interesse ist.

Eine Sonderrolle spielen die Niederlande, die Schweiz und Israel. Alle drei Länder versuchten auf unterschiedliche Weise, Forderungen in die Schuldenkonferenz einzubringen, die außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs (*scope of settlement*) lagen. Auf die speziellen Interessen der Niederlande und der Schweiz geht die vorliegende Arbeit nur kurz ein. Etwas ausführlicher sollen dagegen die Auswirkungen der Wiedergutmachungsverhandlungen auf die Londoner Schuldenverhandlungen expliziert werden. Der Schwerpunkt des Interesses liegt also genau umgekehrt wie in den oben angeführten Arbeiten zum Israel-Vertrag.

Die Bundesrepublik wurde von den Besatzungsmächten erst zu einem relativ späten Zeitpunkt in die Vorbereitungen zur Schuldenkonferenz eingeschaltet. Dies ist nicht nur dadurch begründet, daß das Schuldnerland

Deutschland erst seit Ende 1949 wieder über eine funktionsfähige zentrale Regierungsinstanz verfügte. Es wird zu zeigen sein, wie die ursprünglichen Vorstellungen der Besatzungsmächte, in welcher Art und Weise der neue deutsche Staat in die Verhandlungen einbezogen werden sollte, erheblich von den Erwartungen der Bundesregierung abwichen. Eine erste Positionsbestimmung für beide Seiten brachten die Auseinandersetzungen um die Abgabe der deutschen Schuldenerklärung, die von den Besatzungsmächten zur Vorbedingung einer Revision des Besatzungsstatuts gemacht worden war.

Es soll untersucht werden, inwiefern der zunehmende wirtschaftliche und politische Bedeutungszuwachs der Bundesrepublik Einfluß auf die Londoner Verhandlungen und auf die deutsche Verhandlungsstrategie hatte. In diesem Zusammenhang war der deutsche Verteidigungsbeitrag sehr bedeutsam.

Über die Ziele und die Strategie der Verhandlungen gab es innenpolitische Auseinandersetzungen. Dabei spielte die Frage des deutschen Auslandsvermögens eine nicht unerhebliche Rolle. Die Versuche verschiedener deutscher Interessengruppen, Einfluß auf die Schuldenverhandlungen zu nehmen, soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit ebenso untersucht werden wie die Strategiekonflikte innerhalb und außerhalb der deutschen Verhandlungsdelegation. In diesem Zusammenhang soll nochmals die Bedeutung von Hermann J. Abs beleuchtet und kritisch bewertet werden. Ungeachtet manch kritischer Stellungnahmen zu seiner Person und Verhandlungsführung hat Abs sicher erheblich zum erfolgreichen Abschluß der Londoner Schuldenkonferenz beigetragen. Dies gilt sowohl für die Verhandlungen mit den Gläubigern als auch für die anschließenden Verhandlungen mit den Besatzungsmächten. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die deutsche Seite trotz aller für sie günstigen politischen Entwicklungen aus der inferioren Position eines moralisch diskreditierten Staats und Kriegsverlierers heraus verhandeln mußte.

Die vorliegende Arbeit endet mit dem Inkrafttreten des Schuldenabkommens am 16. September 1953. Die praktische Durchführung des Schuldenabkommens wird in dieser Arbeit abgesehen von einem kurzen Ausblick am Ende der Zusammenfassung nicht mehr thematisiert. Die Wirkungsgeschichte des Londoner Schuldenabkommens ist weniger von politik- als von finanzgeschichtlichem Interesse.

Abschließend soll die Quellenbasis der vorliegenden Arbeit dargelegt werden. Es handelt sich fast ausschließlich um archivalisches Quellenmaterial, da nur wenige für das Thema relevante Dokumente in gedruckter Form vorliegen.

Ausgangspunkt der Quellenarbeit war der erst Anfang der 90er Jahre freigegebene Bestand Londoner Schuldenabkommen (LSA) des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts. Es bot sich an, die Quellenarbeit mit diesem Archiv zu beginnen, da das Auswärtige Amt für die Koordination der gesamten Schuldenverhandlungen verantwortlich war. Der Bestand LSA bietet einen guten Überblick über den gesamten Konferenzverlauf von der Vorkonferenz im Juni/Juli 1951 bis zur Regierungskonferenz 1952/53 und dem anschließenden Ratifikationsverfahren. Ein wichtiger Bestandteil des Quellenmaterials sind die in hektographierter Form vorliegenden offiziellen Konferenzdokumente, die von der *Tripartite Commission on German Debts* in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben wurden. Es handelt sich im wesentlichen um Sitzungsprotokolle, Denkschriften und Memoranden, die im Bestand LSA in deutscher Sprache vollständig und teilweise auch in englischer Sprache vorhanden sind. Für die vorliegende Arbeit wurde in der Regel die englische und ergänzend die deutsche Fassung der Sitzungsprotokolle benutzt. Neben den offiziellen Konferenzunterlagen enthält der Bestand interne Aufzeichnungen und den Schriftverkehr der deutschen Verhandlungsdelegation mit dem Auswärtigen Amt.

Im Bundesarchiv in Koblenz finden sich die Materialien der an der Vorbereitung und Durchführung der Londoner Verhandlungen beteiligten Bundesministerien. An erster Stelle sind hier die Bestände B 126 (Bundesfinanzministerium) und B 146 (Ministerium für den Marshallplan) zu nennen. Der Bestand B 126 des Bundesfinanzministeriums ist der umfangreichste und für den Bereich der Vorkriegsschulden wichtigste Aktenbestand. Dies gilt insbesondere für die konkrete Vorbereitung der Verhandlungen und die Ausarbeitung des deutschen Angebots. Komplementär ist hier der Bestand B 102 (Bundewirtschaftsministerium) anzuführen, der aufschlußreiche Akten zur Transferproblematik enthält, die auch im Hinblick auf die Wiedergutmachungsverhandlungen von Relevanz sind. Im Bestand B 141 (Bundesjustizministerium) finden sich Dokumente zu speziellen juristischen Problemen im Zusammenhang mit dem Schuldenabkommen (Auslandsvermögen, Reparationen, Konversionskasse). Der Bestand 136 (Bundeskanzleramt) enthält einige bemerkenswerte Dokument zur Abgabe der deutschen Schuldenerklärung. Für den Bereich der Nachkriegsschulden ist der Bestand B 146 (Ministerium für den Marshallplan) der maßgebliche Bestand. Er enthält darüber hinaus noch eine Reihe hochinteressanter Berichte über den Verlauf der Schuldenkonferenz, die von Mitgliedern der deutschen Verhandlungsdelegation fortlaufend für Vizekanzler Blücher angefertigt wurden. Sie vermitteln einen sehr guten Einblick über den aktuellen Stand

und über die während der Verhandlungen auftretenden Probleme. Aus diesen Berichten lassen sich bedeutsame Einblicke in das Innenleben der deutschen Verhandlungsdelegation gewinnen.

Aufschlußreiche Erkenntnisse über die Meinung der deutschen Privatwirtschaft zum Londoner Schuldenabkommen gibt der Bestand B 184 (Studiengesellschaft für privatrechtliche Auslandsinteressen). Die Studiengesellschaft hat sich speziell für die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens eingesetzt und in diesem Zusammenhang massiven Einfluß auf die Verhandlungen zu nehmen versucht.

Die Auswertung des Nachlasses Blankenhorn hat für die Auseinandersetzungen über den Vertrag mit Israel zusätzliche Erkenntnisse geliefert.

Eine Durchsicht des Bestands B 330 im Historischen Archiv der Bundesbank (Frankfurt a.M.) hat eine Reihe wertvoller Hinweise ergeben. Die Bank deutscher Länder war zusammen mit dem Bundeswirtschaftsministerium für die wichtige Transferfrage zuständig. Wegen einer unterschiedlichen Einschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit kam es verschiedentlich zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Hermann J. Abs und dem Präsidenten der Bank deutscher Länder Vocke. Die Akten des Archivs der Bundesbank enthalten einige Schlüsseldokumente für das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Männern. Ergänzende Hinweise konnten dem Nachlaß Emminger entnommen werden.

In der Stiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus haben sich in der Korrespondenz Adenauer-Schäffer und Adenauer-Abs weitere Hinweise finden lassen.

Nach jahrelangen vergeblichen Versuchen wurde der Verfasserin auf Veranlassung von Dr. Rolf-E. Breuer der Zugang zum Historischen Archiv der Deutschen Bank eröffnet. Dort konnte der bedeutsame und umfangreiche Nachlaß Paul Krebs gesichtet werden. Aus den dort enthaltenen Unterlagen konnten zusätzliche Erkenntnisse zum Schuldenabkommen gewonnen werden. Der Nachlaß Paul Krebs ist archivalisch noch nicht erschlossen und stand lediglich in ungeordnetem Zustand zur Verfügung. Wie bereits erwähnt, war Krebs als persönlicher Referent von Abs während der gesamten Verhandlungen tätig. Sein Nachlaß enthält für das Schuldenabkommen eine Parallelüberlieferung zum Nachlaß Abs, der testamentarisch bis auf weiteres für Forschungszwecke gesperrt ist.

Dank eines Forschungsstipendiums des Deutschen Historischen Instituts London war der Verfasserin eine ausführliche Sichtung der für das Schuldenabkommen relevanten umfangreichen Bestände im Public Record Office in Kew möglich. Zentraler Leitbestand für das Londoner Schuldenabkommen ist der Bestand FO 371 (Foreign Office). Dort finden sich zahlrei-

che wichtige Hinweise zur britischen Verhandlungsstrategie. Die offiziellen Konferenzdokumente in englischer Sprache sind dort ebenfalls vollständig und gut geordnet vorhanden. Ergänzend wurden die Bestände FO 944 (Foreign Office, German Section, Finance Department), FO 1036 (Control Commission for Germany, Office of the Economic Adviser) und FO 1046 (Control Commission for Germany, Finance Division) herangezogen. Wertvolle Hinweise haben sich auch dem ebenfalls recht umfangreichen Bestand T 236 (Treasury) entnehmen lassen. Interessant ist ein Vergleich der teilweise unterschiedlichen Auffassungen von Beamten des *Foreign Office* und des *Treasury*. Die vorbildliche britische Aktenführung hat die Auswertung des britischen Quellenmaterials erheblich erleichtert.

Bei den im National Archives (Washington D.C.) lagernden amerikanischen Akten verhält es sich gerade gegenteilig. Die amerikanischen Akten sind teilweise nur grob geordnet und befinden sich vielfach in einem schlechten Erhaltungszustand. Die Verfasserin hat im Anschluß an die Auswertung der britischen Akten einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt in Washington verbracht. Der für das Schuldenabkommen zentrale Leitbestand ist der Bestand RG 59 (Department of State). Er enthält u. a. die höchst bedeutsamen Direktiven des *Department of State* für die amerikanische Verhandlungsdelegation in London. Von großer Relevanz für die Analyse der amerikanischen Verhandlungsposition ist außerdem der Bestand RG 43 (Records of International Conferences, Commissions and Expositions) und ergänzend der Bestand RG 466 (High Commissioner of Germany).

\*

Die vorliegende Studie wurde unter dem Titel „Der Weg zum Londoner Schuldenabkommen. Die Regelung der deutschen Auslandsschulden nach dem Zweiten Weltkrieg“ im Januar 2003 von der Philosophischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf als schriftliche Habilitationssleistung angenommen. Unter der großen Zahl all jener, die zum Gelingen der Arbeit beitragen haben und denen die Verfasserin an dieser Stelle danken möchte, sei lediglich Univ.-Prof. Dr. Kurt Düwell hervorgehoben, der das Projekt in jeder Phase mit großem persönlichen Engagement unterstützt hat.